Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 31 – Juli 1973

Wer Lohn erhält, wird ausgepreßt wie eine Zitrone!

Die Preise – die Preise!

Dieser „blickpunkt" hat ein Hauptthema: die Preise! Dabei waren wir diesmal selbst gar nicht so produktiv – wir haben einfach nur den Unmut der Bevölkerung formuliert.

Tatsächlich ist die Preisentwicklung in den Arbeiterhaushalten zur Zeit Thema Nr. 1. Es wird viel geschimpft in diesen Tagen vor dem Urlaub. Man hört Stimmen wie: „Das war das erste und das letzte Mal, daß ich SPD gewählt habe." Das sind Leute, die auf die soziale Demagogie der CDU hereingefallen sind. Allerdings steigt auch langjährigen SPD-Wählern wegen der Inflation die Zornesröte ins Gesicht.

Viele suchen einen Ausweg, haben aber noch Scheu, sich mit den Vorstellungen der DKP näher zu befassen. Die DKP fordert:

- Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen zur Absicherung der Reallöhne.
- Sofortiger Preis- und Mietstopp und öffentliche Preiskontrolle.
- Stopp aller öffentlichen Preis- und Gebühren- und Tariferhöhungen.
- Wirksame Maßnahmen gegen Bodenspekulation.
- Senkung der Rüstungsausgaben und Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA.
- Streichung aller Subventionen und höhere Besteuerung der Gewinne der Großunternehmer.

Urlaub...

. . . wer von uns freut sich nicht schon auf ihn !

Für einige Wochen raus aus dem Arbeitstrott, aus der Hetze des Betriebes, spazierengehen, mit der Familie verreisen, ausruhen. Jeder Kollege hat seinen Urlaub nötig und verdient. Und gut verdient und viel gespart muß man dieses Jahr haben: Ferienreisen sind teurer geworden als je zuvor.

Der Urlaub soll frei von Sorgen und Ärger sein. Aber die neuesten unerhörten Preissteigerungen trüben uns die Ferienfreude. Wir können der Ausbeutung auch in den Ferien nicht entgehen. Wer mit dem Auto fährt, muß Benzinpreise zahlen, die an Straßenräuberei grenzen, ein schönes Urlaubsgeschenk unserer Regierung!

Auf die Herren Preistreiber stoßen wir auch im Urlaub. Wenn wir in eine wirklich schöne Gegend kommen, liegt da bestimmt eines ihrer protzigen Landhäuser. Vielleicht können Sie am Gardasee einen Blick auf Wienands Ferienvilla werfen oder gar in Marokko auf das Schloß von Krupp. Aber merke: der Urlaub ist nicht nur zum Ärgern da, er läßt auch Zeit zum Nachdenken! Übrigens: Die Urlaubsreise ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. 75% der Arbeiter haben kein Geld dafür und bleiben zu Hause. Für sie heißt es: Gartenarbeit und „Schwarz"arbeit entlasten die Haushaltskasse.

Zur wirklichen Erholung und Wiederherstellung der Arbeitskraft ist die Urlaubszeit sowieso zu kurz. Wir stimmen den Arbeitsmedizinern darin zu: Mit den gewachsenen Arbeitsanforderungen muß der Urlaub verlängert werden. Das gilt insbesondere für ältere Arbeiter und Angestellte und für Frauen. Außerdem ist eine Erhöhung des Urlaubsgeldes erforderlich.

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen. Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür danken wir recht herzlich.
Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.
Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

Die Müllabfuhr und die Rüstung

Nach der letzten Bundestags-Sitzung in Bonn steht fest: Jede dritte Mark wird für Rüstung und Militarisierung zum Fenster hinausgeworfen. Nach der letzten Kreistagssitzung in Groß-Gerau steht fest: Die Müllgebühren steigen um das Vierfache. Landrat Blodt hofft, daß die Bürger für diese Erhöhung Verständnis aufbringen! Wir hoffen, sie tun es nicht! – Es wird Zeit, daß man für solchen Irrsinn kein Verständnis mehr aufbringt. Da wird „oben" den Rüstungsgewinnlern das Geld in den Rachen geworfen und „unten" fehlt's hinten und vorn. Im Gegensatz zu den Entspannungsmöglichkeiten jagt diese FDP/SPD-Regierung den Rüstungs-Etat auf Kosten sozialer Ausgaben und der Preisstabilität in die Höhe, 26,4 Milliarden weist der offizielle Rüstungsetat aus, in Wirklichkeit, und diese Zahl nennt auch die Nato, kommen 38 Milliarden zusammen. Das muß man sich einmal vorstellen: 38 000 000 000 DM!

Die CDU/CSU-Fraktion gab dem Rüstungsetat als einzigem ihre uneingeschränkte Zustimmung.

Nur neun Abgeordnete der SPD-Fraktion enthielten sich der Stimme. Diese Tatsache und die selbst in der SPD-Fraktion als „Panikmache nach Art der Kalten Krieger" verurteilte Rede des Rüstungsministers Leber machen deutlich, daß die Kalten Krieger, die Lobby der aggressiven Rüstungskonzerne, auch in der derzeitigen Regierung eine starke Basis haben. Der Rüstungsetat zeigt darüber hinaus mit aller Deutlichkeit die wirklichen Ursachen der Inflation. Wenn 38 Milliarden DM unproduktiv verschwendet werden, treiben sie zwangsläufig die Preise und entlarven alle „Stabilitätsappelle" als leeres Gewäsch.

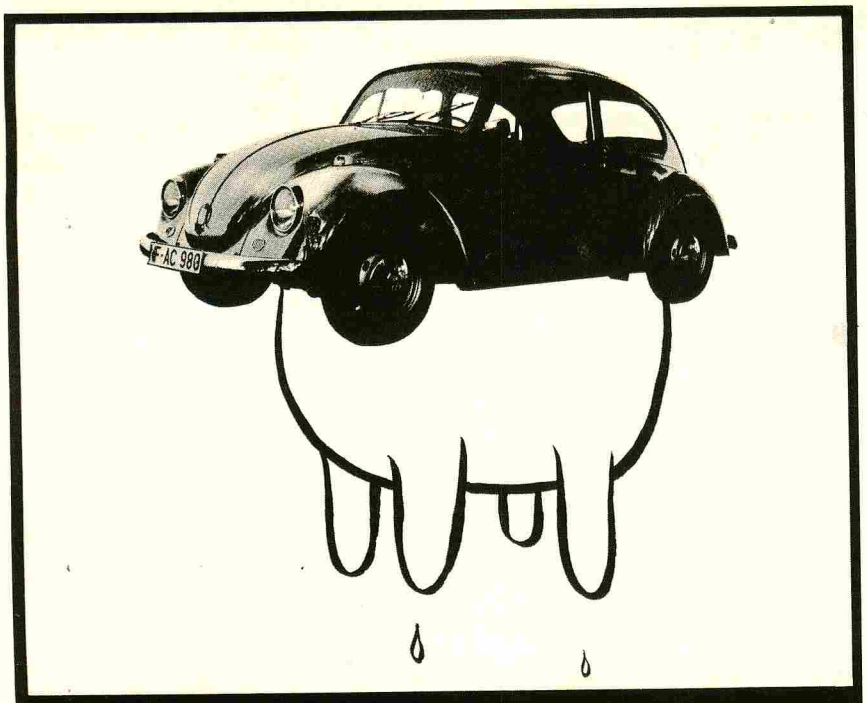
Keine der im Bundestag vertretenen Parteien tritt wie die DKP dafür ein, daß der Rüstungsetat und das Großkapital, die Millionäre und Milliardäre, endlich zur Finanzierung lebensnotwendiger Ausgaben entscheidend herangezogen werden. Das ist in Bonn so, das ist im Groß-Gerauer Kreistag und im Mörfelder Stadtparlament ebenso. Wenn DKP-Stadtverordnete darauf hinweisen, daß auch vom Stadtparlament aus, Protest gegen die Rüstungspolitik kommen muß, dann wird nur „abgewinkt" – das ist „große Politik", heißt es. Daß diese „große Politik" dann aber die Weichen stellt, daß diese Politik daran schuld ist, daß uns das Geld fehlt, für Ärztehäuser, Jugendzentren, daß diese 38-Mrd.-DM-Rüstungskosten mit den ums Vierfache steigenden Müllgebühren zusammenhängen, das will man nicht wahrhaben. Man geht lieber den einfachen Weg. Anstatt endlich für mehr Geld einmal auf die Barrikaden zu gehen vervierfacht man die Müllgebühren.

Rudi Hechler

So sollten Sie kämpfen! Gemeinsam sollten Sie gegen dieses Untier angehen. Da aber dieses Vieh von den eigenen Parteifreunden in Wiesbaden hochgepäppelt worden ist, erlahmt schon manchem der Arm. Ritter Blodt hat den Kampfspieß in Wirklichkeit noch gar nicht in die Hand genommen und auf Knappe Treutel ist natürlich auch kein Verlaß. Mit dem Recken Oeser gibt es auch Schwierigkeiten. Er hat Angst vor den „Sandschnurfüßlern" und will alles zubauen, er glaubt mit Zwilling und Bachmann die Großburg „Wallmö" gegen das MZPV-Untier dann besser verteidigen zu können – was natürlich ein Irrglaube ist, weil ja auch das Untier noch wächst. Recke Oeser will zwar (noch) gegen dieses schreckliche Vieh kämpfen, aber nur so, daß bei den Eltern dieses Ungeheuers „kein Schaden entsteht" – was – zugegeben sehr schwierig ist. Wir meinen, man darf sich nicht allzuviel auf die Rittersleut' verlassen. Am besten das Volk holt selbst einmal das Schwert aus der Scheide und bekämpft diesen zähnefletschenden Kraken, am besten in Wiesbaden wo er herkommt.

Weltfestspiele
der Jugend
und Studenten

X. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND STUDENTEN · 1973 BERLIN HAUPTSTADT DER DDR ·



Soll unser Auto zur Milchkuh des Superprofits werden?

Bald 1 Mark für den Liter Benzin

Man spricht davon, daß der Liter Benzin bald eine Mark kosten wird. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Seit 1. Juli wird eine Mineralölsteuererhöhung von 5 Pf je Liter Kraftstoff erhoben. Im Endeffekt bedeutet das eine Erhöhung des Benzinpreises um 7,5 bis 8,5 %, denn zur Erhöhung des Preises kommt noch die Mehrwertsteuer hinzu (aus der Preissteigerung um 5.Pf. wird so eine Erhöhung um 5,55 Pf.) und die Benzinkonzerne werden die Gelegenheit sicher nutzen, noch mehr Geld aus den Taschen der Autofahrer zu ziehen. Bereits mit der Mineralölsteuererhöhung um 4 Pf. am 1. März des vergangenen Jahres betrug der Steueranteil am Liter Benzin 40 Pf. Mit der neuen Erhöhung werden mehr als 70% des Tankstellenpreises für Normalbenzin in die Taschen des Vaters Staat fließen. Außerdem gelten ab 1. Juli neue Tarife für die Versicherungen. Das Prämienaufkommen soll erhöht werden.

Wie lange noch

Die Jagd des Großkapitals nach ständig höheren Profiten treibt die Preise auf neue Höhepunkte. Die jüngsten Zahlen übertreffen alle Befürchtungen. Die Lebensmittelpreise stiegen im Durchschnitt im Vergleich zum Vorjahr um 11,1%.

Im Einzelnen sieht es so aus:

Gemüse	**28,1 %**
Obst	**23,0 %**
Rindfleisch	**20,4 %**
Brot	**9,5 %**

Auch die Mieten sind wieder gewaltig geklettert. Sie sind in der Zeit vom Dezember 1970 bis Dezember 1972 um durchschnittlich 12,1 Prozent gestiegen. Wie aus dem Mietenbericht der Bundesregierung hervorgeht, kletterten in diesem Zeitraum die Mieten für bis 1948 errichtete Altbauten um 11,8 Prozent, die Sozialmieten um 11,4 Prozent und die Mieten für freifinanzierte Wohnungen um 13,1 Prozent.

Wer macht die Preise?

Als Kampfmaßnahme gegen die wuchernden Preise ist zur Zeit vor allem eins im Gespräch: Der Käuferstreik. Boykott des Milchverkaufs in den Betrieben, Zurückhaltung beim Metzger, Sparmaßnahmen bei Obst und Gemüse — das sind Maßnahmen, die von Betriebsräten und Bürgerinitiativen ergriffen werden. Es stellt sich die Frage, zu welchem Erfolg das führen kann. Sicherlich ist mit solchen Maßnahmen in diesem oder jenem Fall ein Erfolg zu erzielen, diese oder jene Milchfabrik zu einer kurzfristigen Preissenkung zu zwingen. Die Käuferstreiks sind Ausdruck der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung über den scheinbar unkontrollierbaren Wildwuchs der Preise. Und sie sind Ausdruck dafür, daß immer mehr Menschen sich nicht darauf verlassen wollen, was da von der Regierung kommt, daß sie selber in Aktion treten.

Aber schon eine simple Frage genügt, um die letztendliche Erfolglosigkeit der Käuferstreiks deutlich zu machen: sollen unsere Kinder weniger Milch trinken, weniger Fleisch und Wurst auf dem Tisch finden, seltener Obst und Gemüse essen? Und wie ist es mit den Preissteigerungen bei den öffentlichen Tarifen, bei Bahn, Post, Strom und Gas? Wie sollen sie boykottiert werden? Die Käuferstreiks können zu kurzfristigen Einzelerfolgen führen, das System der Preissteigerungen können sie nicht erschüttern.

Die Käuferstreik-Kampagne geht von dem Märchen aus, daß die Preise sich nach Angebot und Nachfrage regeln. Kauft man wenig, entsteht ein Überangebot und die Preise fallen. Früher mag das so gewesen sein, aber heute? Die Lebensmittelpreise stiegen um zehn Prozent, gleichzeitig gibt es ein Überangebot an Butter, Milch, Gemüse und anderem. Kühe werden geschlachtet, damit der Milchpreis weiter steigen kann. Obsternten werden vernichtet, damit die Lebensmittelkonzerne ihren Profit erhalten. Nach dem, was an Kohlen auf Halde liegt, dürfte der Zentner höchstens noch 50 Pfennig kosten, aber das Gegenteil ist der Fall. Der Kohlenpreis steigt.

Das liegt daran, daß nicht Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, sondern daß die Großkonzerne entscheiden, wie hoch die Preise steigen. Sie entscheiden nach ihrem Profitinteresse, nach den „Gewinnerwartungen", wie es vornehm in der Unternehmersprache heißt. Die Gewinnerwartung ist der Motor unserer Wirtschaft, sagen sie. Übersetzt heißt das: Preistreiberei auf Kosten der kleinen Haushalte ist der Motor unserer Wirtschaft.

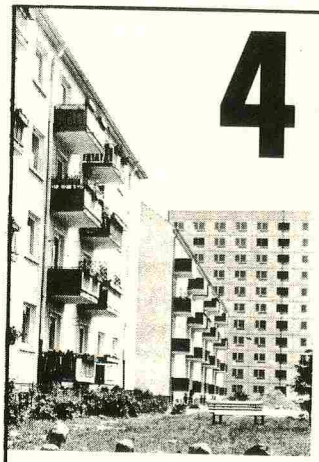
Streiks in hessischen Betrieben

8,6% betrug die Preissteigerung im Mai im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr in Hessen. 8,5% Lohnerhöhung in der Metallindustrie, beim öffentlichen Dienst, bei der Post usw. sind überholt. Unabhängig davon, daß auch damit vergangene Preissteigerungen, Lohnsteigerungen usw. schon zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses nicht ausgeglichen waren.
Verständlich, ja geradezu gesetzmäßig, daß sich mehr und mehr Kollegen dagegen zur Wehr setzen. Schon vor einigen Wochen haben verschiedene Gewerkschaftsgremien ein Anheben von Lohn und Gehalt gefordert. So die IGM-Vertreterversammlungen von Kassel und Hanau, die Bezirksvertrauensleutekonferenz der IGM, die Vertrauensleute der Verwaltungsstelle Gießen und die zahlreichen Betriebe wie Opel, Adler, Honeywell u.a. Auch die Kollegen aus dem öffentl. Dienst so z.B. aus Gießen forderten eine Teuerungszulage.

Die Vertrauensleute von der Hess. Berg- und Hütten AG in Wetzlar verlangten als Ausgleich 100,– DM monatlich mehr und wurden darin später von den Vertretern der gesamten Verwaltungsstelle Wetzlar darin unterstützt.

Es blieb nicht allein bei den Forderungen, es zeigte sich auch bereits Bereitschaft für diese aktiv einzutreten. So haben die Kollegen von Honeywell Dörnigheim für Preisstopp und Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt und auf der Bundesstraße 8 dafür demonstriert. Arbeitsniederlegungen gab es auch u.a. in den Adler-Werken, Frankfurt, in der Maschinenfabrik Werner im Rheingau und bei Messer-Griesheim. Bezeichnend daß die Farbwerke Hoechst, Besitzer von Messer-Griesheim, für alle AT-Angestellten 35% eines Monatseinkommens als Ausgleich gezahlt haben, die übrigen aber bis jetzt leer ausgingen.

Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß sich noch mehr Betriebe solchen Protestaktionen anschließen werden. Einige Firmenleitungen wurden schon veranlaßt bis zu 250,–DM Teuerungszulage für das Jahr 1973 zu zahlen. So in Frankfurt/Main, aber z.B. auch in Mannheim, wo fast alle bedeutenden Metallbetriebe eine zusätzliche Zahlung bereits leisteten. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Unternehmer zahlen können und daß die vergangenen Lohnabschlüsse zu niedrig waren.
Das gilt es jetzt zu korrigieren.



4 Zimmer-Neubau-Wohnung

mit Bad und Balkon
eingerichtete Küche · Müllschlucker · Wandschränke
Fernheizung
Kinder erwünscht Spielplatz am Haus
Kinderhort zwei Minuten Fußweg

112.- Mark

Keine Vorauszahlung
Keine Maklergebühr

Voraussetzung: Sie müssen Bürger der DDR sein

Mancher Kindergarten bleibt liegen

Bonn nimmts bei den Falschen. Anstatt die Rüstungskasse zu knacken, anstatt den Unternehmern endlich die Profite zu beschneiden – geht man an die Kommunen. Mit dem neuen Stabilitätsgesetz wird die Darlehensaufnahme verteuert. Kurz nach der Haushaltsverabschiedung in den Städten und Gemeinden muß jetzt der Rotstift angesetzt werden. Begonnenes muß unterbrochen werden, bereits Bestelltes auf die lange Bank geschoben werden.

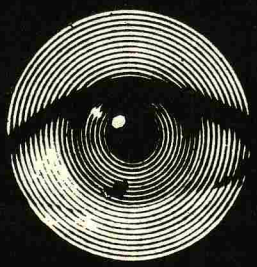
Auf der Strecke bleiben: Altenheime und Jugendhäuser, Kindergärten und Schwimmbäder. Wer von diesen Maßnahmen betroffen wird, ist an den fünf Fingern einer Hand abzuzählen.

DDR – Währung ist kaufkräftiger

Interessante Zahlen veröffentlichte Ende Mai das Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung". In einem dort angestellten Preisvergleich zwischen BRD und DDR heißt es: „....die Mark der DDR ist (bei den typischen Ausgaben für die Lebenshaltungskosten eines 4köpfigen Haushaltes) kaufkräftiger als die Westmark". Anfang dieses Jahres betrugen die Aufwendungen für die gleichen Mengen an Waren und Dienstleistungen in der BRD 992 DM gegenüber 979 DM in der DDR.

Da in der DDR bis 1975 ein Preisstopp für Konsumgüter in Kraft ist – und dies bei laufend steigendem Einkommen – wird sich das Kaufkraft-Verhältnis in den nächsten Jahren weiter zugunsten der DDR verändern.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



DKP-Fraktion lehnt weitere Belastungen der Bevölkerung ab

Für den „kleinen Mann" wird es auch in Mörfelden immer schwieriger, sich ein Häuschen zu bauen. Am 12. Juni hat die Stadtverordneten-Versammlung Mörfeldens neuen Belastungen für „Baulustige" zugestimmt.

Die DKP-Fraktion lehnte ab. Lesen Sie einen Auszug aus der Erklärung der DKP im Stadtparlament:

„Bei voller Ausnutzung der Satzung über Erschließungsbeiträge soll nunmehr erstmals in Mörfelden auch der Grunderwerb für die Straßen, den Anliegern in Rechnung gestellt werden. Dies bedeutet gegenüber der seitherigen Berechnungsweise, bei einem Ein- oder Zweifamilienhaus, eine Erhöhung von ca. 75%!

In Zahlen ausgedrückt sieht das so aus:

Bei einem Grundstück das mit einem Ein- oder Zweifamilienhaus bebaut werden soll, würden die Kosten heute bereits ohne Grunderwerb nach dem seitherigen Berechnungsmodus ca. 6000,– DM betragen.

Nach Mitteilung des Bürgermeisters kommen nunmehr für den Grunderwerb der Straße, zu diesen 6000,– DM noch ca. 4000,– bis 5000,– DM hinzu. Einer solchen Belastung der Bevölkerung können wir nicht zustimmen. Wissen wir doch, daß die Mehrzahl der Mörfelder Bürger Arbeiter und Angestellte sind.

Man wird uns vorwerfen, wir seien bei der Ablehnung auch für die, „die es haben", für Baulöwen oder Besitzer von Wohnhochhäusern. Stimmt das aber?

Festzustellen ist zwar, daß die Zahl der Ein- und Zweifamilienhäuser bei einer Bebauung, wie wir sie schon im Gebiet Steinweg Nord 1 sehen, auch in Mörfelden prozentual stark zurück geht.

Der größte Teil der Bewohner wird also auf eine Mietwohnung angewiesen sein, für die heute schon ein Drittel des Monatslohns ausgegeben werden muß. Und es ist eine alte Tatsache, daß jede Erhöhung der kommunalen Abgaben, die vorerst nur die Bauherren treffen, postwendend auf die Mieter abgewälzt werden.

Es ist nicht unsere Aufgabe hierbei den Weg der vollkommenen Gerechtigkeit zu suchen. Er wird in dieser Gesellschaftsordnung unter den bestehenden Gesetzen, auch nicht zu finden sein.

Fest steht nur, daß von der heute zu beschließenden Maßnahme in erster Linie der kleine Mann betroffen wird."

Es kommt noch einiger Ärger auf uns zu!

„Wenn man bei dieser Gelegenheit von gerecht oder von ungerecht spricht, darf man die miese Situation, die sich bei der Berechnung der Kosten für den Grunderwerb der Straße im Gewerbegebiet ergibt, nicht außer acht lassen. Dort nämlich zahlt ein Gewerbetreibender für den qm Straße 15,– DM und ein paar Meter weiter ein Mörfelder Arbeiter, der mit viel Mühe und Entbehrung sich ein Einfamilienhaus errichtet, 50,– DM pro qm. Es hat den Anschein, daß hier sowieso einiger Ärger auf uns zukommt. Die Bevölkerung hat bereits die Ohren gespitzt. Es geht nicht an, daß Geschäftemacher Hallen erstellen und diese vermieten, oder andere 6-Familien-Häuser dort bauen. Zum Schluß erklären wir nochmals, daß wir diesen Weg den die Städte und Gemeinden, zur Deckung ihres Defizits, gehen, nicht gutheißen und nicht mitgehen.

Die finanzielle Belastung der Bevölkerung hat ihre Grenzen längst überschritten. Überall in der BRD sind in den letzten Wochen die Arbeiter auf die Straße gegangen und verlangen Teuerungszulage. Von uns allen muß eine Steuerumverteilung des Bonner Haushaltes zu Lasten der Rüstungskosten und der Monopolgewinne, gefordert werden."

8,75% = 84000 DM

Statt, wie so oft versprochen, das Finanzaufkommen der Städte und Gemeinden zu verbessern, beschließt die Bundesregierung in Verbindung mit der Bundesbank Maßnahmen, die den Städten teuer zu stehen kommen. Mit der laufenden Erhöhung der Diskontsätze zwingt sie auch die kleinen Banken und Sparkassen ihre Darlehenszinssätze zu erhöhen.

Am 10. 4. 73 hatten die Stadtverordneten von Mörfelden eine Erhöhung der Zinsen für die Darlehen der Stadt bei der Kreissparkasse von 7,5% auf 8% zu beschließen.

Bereits am 12. 6., also zwei Monate später, stand die zweite Zinserhöhung, diesmal von 8% auf 8,75%, auf der Tagesordnung.

Die DKP-Fraktion stimmte aus Protest über solche Maßnahmen, gegen die Vorlage. H. Hechler rechnete den Zuhörern im Bürgerhaus vor, daß allein diese Maßnahmen der Kreissparkasse – die Stadt hat auch noch Darlehen von anderen Geldinstituten – uns im Jahr 84 000,– DM kosten. Teure Stabilität. Die Leidtragenden einer falsch gelaufenen Politik sollen nun auch noch mithelfen den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Die Mörfelder Jugend setzt sich nachhaltig für ein Jugendzentrum ein. Es vergeht kaum eine Stadtverordnetenversammlung, wo nicht junge Menschen auf ihre Wünsche aufmerksam machen. Wir meinen, dieser Kampf verdient die volle Unterstützung auch der Erwachsenen.

DKP fordert Bürgerbefragung

Während einer gemeinsamen Sitzung der Stadtverordneten von Mörfelden und Walldorf, am 26. Juni, brachte die DKP-Fraktion nachfolgenden Antrag ein. Der Antrag wurde auf der Sitzung nicht mehr behandelt, er steht aber nach wie vor auf der Tagesordnung. Wir kommen darauf zurück.

Antrag
Betr. Mehrzweckpflichtverband

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgendes zu beschließen:

Die Stadtverordneten von Mörfelden und Walldorf beauftragen jeweils ihren Magistrat in den Städten Walldorf und Mörfelden, noch vor dem Anhörungsverfahren eine Bürgerbefragung über einen Beitritt zum Mehrzweckpflichtverband durchzuführen.

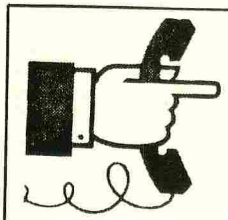
Begründung
Eine Bürgerbefragung erscheint uns als eine angemessene Maßnahme um den Willen der Bevölkerung deutlich zu manifestieren. Wir sind der Meinung, daß das Ergebnis einer solchen Befragung von großer moralischer Bedeutung ist, und die künftige Entwicklung wesentlich beeinflussen kann.

Die Bürger müssen über die Fusion entscheiden

Wir sind der Meinung, daß endlose Stadterweiterungen in unserem Ballungsgebiet nicht sinnvoll sind. An die Frage der Zusammenlegung von Walldorf und Mörfelden ist deshalb mit großer Sorgfalt heranzugehen. Bevor in den örtlichen Parlamenten Entscheidungen fallen, müssen in Bürgerversammlungen die Vor- und Nachteile einer Fusion zur Diskussion gestellt werden.

- Wir fordern Garantien darüber wie die im Grundgesetz festgelegte Selbstverwaltung der Gemeinden erhalten werden kann.
- Es darf zu keinem Verlust von demokratisch gewählten Mandaten durch eine Großgemeinde kommen.
- ohne die demokratische Abstimmung der Betroffenen darf keine Zusammenlegung erfolgen.

(Aus dem „Programm für Mörfelden" der DKP zur Kommunalwahl 1972)



Hier finden Sie die DKP:

3166 Rudolf Dötsch
3335 Heinz Hechler
3322 Sofie Haag
2362 Rudi Hechler

FALSCHES SPIEL

Vor der Kommunalwahl waren sie ganz klein. CDU, FDP und SPD wollten über eine Fusion Walldorf/Mörfelden nicht reden. Aus gutem Grund: Man wollte gewählt werden. Jetzt aber hauen sie auf die Pauke. Jetzt wollen sie möglichst schnell Walldorf und Mörfelden zusammenlegen. Der Grund: so könne man sich am besten gegen den Mehrzweckpflichtverband wehren. Das aber ist ein schlechtes Argument. Wer gegen den Pflichtverband ist, weil er die kommunale Selbstverwaltung abbaut; wer gegen den Pflichtverband ist, weil er eine bürgernahe Verwaltung wünscht, der müßte natürlich auch gegen die Fusion sein. Hier wird tatsächlich ein falsches Spiel gespielt. Man will die Bevölkerung einfach und schlicht überrumpeln. Haupteinpeitscher bei der Mörfelder SPD ist offensichtlich „Oberumweltschützer" Oeser, der ganz schnell fusionieren und zubauen will. Bei der CDU ist es der Walldorfer Stadtverordnete Jung, der verlangt, daß „möglichst bald ein Wallfelden oder Mördorf werde". Wir stellen fest: wer jetzt die Fusion Mörfelden — Walldorf durchpeitschen will, vertritt nicht die Interessen der Mehrheit der Mörfelder Bevölkerung.

„Die DKP ist auf dem richtigen Dampfer!", unter diesem Motto veranstaltete die DKP eine Rheinfahrt von Ginsheim nach St. Goar. Die 160 Passagiere, jung und alt, hatten großen Spaß dabei.

Was ist eigentlich Demokratie?

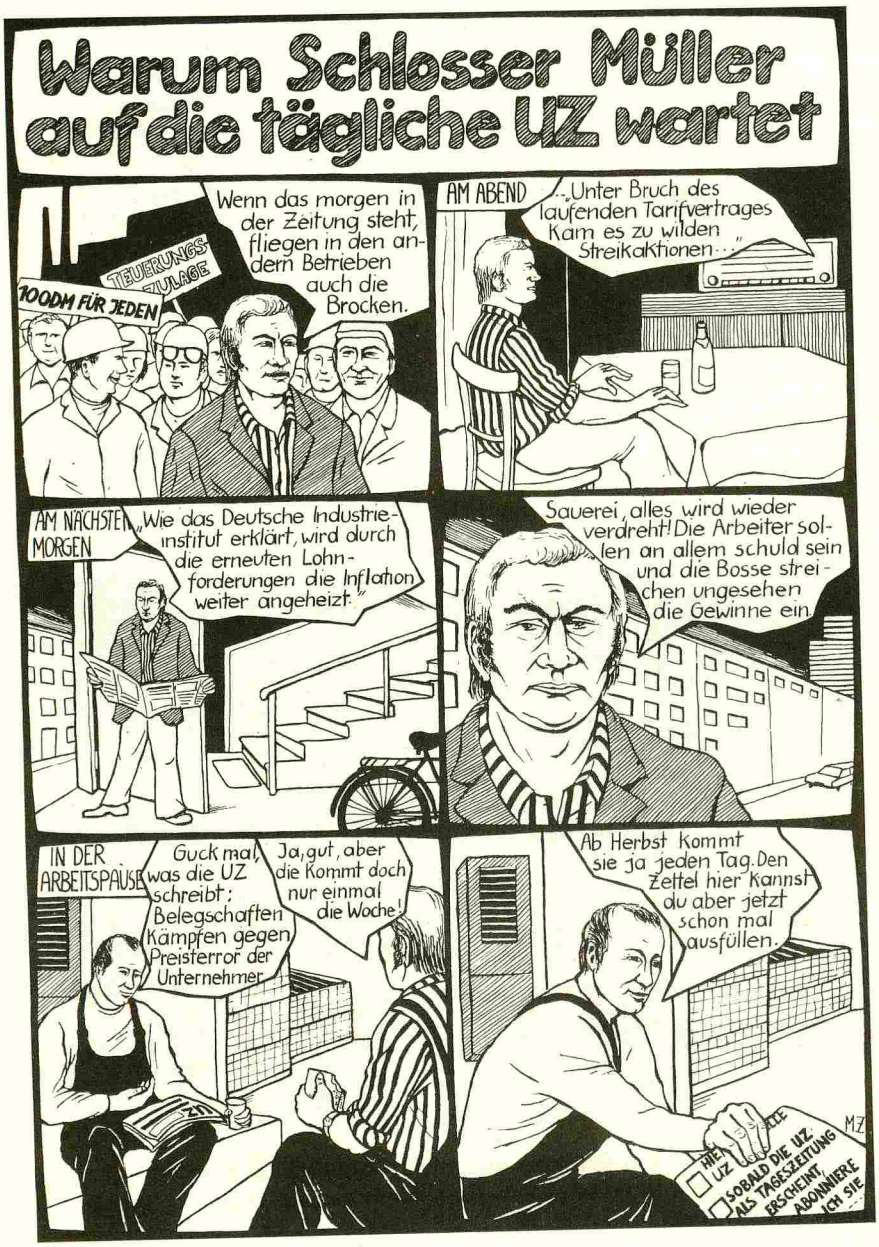
In der politischen Arena gibt es viele Begriffe, aber kaum einer ist so auslegungsfähig wie der Begriff der Demokratie. Er ist nicht neu, sondern seit Jahrtausenden überliefert. Schon die Geschichtsschreiber des klassischen Altertums berichten von der Demokratie der griechischen Stadtstaaten und der römischen Republik. Es war dies die Demokratie der Sklavenhalter.

Über lange geschichtliche Zeiträume hinweg war also die Demokratie eine Illusion geblieben. Demokratie – das heißt in der wörtlichen Übersetzung aus dem Griechischen: Herrschaft des Volkes. Doch immer hatte eine privilegierte Schicht von Mächtigen die Herrschaft „im Namen des Volkes" ausgeübt, da sie im Besitz der für den jeweiligen Geschichtsabschnitt bedeutendsten Produktionsmittel war.

Die Sklavenhalter des alten Griechenland und des alten Rom hatten sich der Sklaven bemächtigt wie man sich eines Gegenstandes bemächtigt; die Feudalherren des Mittelalters, die Fürsten und der Adel, besaßen das Land, den Grund und Boden, an die die Leibeigenen gefesselt waren. Und die Geldmänner des modernen Kapitals bemächtigten sich der Industrie, des Verkehrs, des Geldgeschäftes, wodurch sie sich diejenigen unterwarfen, die sie Arbeitnehmer nennen, obwohl sie ihre Arbeit geben. Demokratie – das bleibt gewissermaßen die gefällige Verpakkung die anderes verspricht, als das Verpackte hält. Hinter dem Aushängeschild Demokratie versteckten und verstecken sich die Mächtigen gegen das Volk.

Wir meinen, daß wahre Demokratie nur dort herrschen kann, wo die wenigen Mächtigen aus ihren Machtpositionen verdrängt werden und sich das Volk selbst in seiner Masse der Produktions- und der Machtmittel bemächtigt. Nur dort, wo das Volk in die Machtpositionen einrückt, kann von Demokratie gesprochen werden. Und mit einem solchen neuen Phänomen in der historischen Entwicklung haben wir uns zu beschäftigen, wenn wir die politischen Verhältnisse im Sozialismus untersuchen. Hier ist erstmals nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland etwas völlig Neues entstanden, das sich klar abgrenzt vom Charakter der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Hier haben es – wie Karl Marx über die Pariser Kommune schrieb – „einfache Arbeiter gewagt, das Regierungsprivilegium ihrer ‚natürlichen Obern', der Besitzenden, anzutasten und, unter Umständen von beispielloser Schwierigkeit, ihre Arbeit bescheiden, gewissenhaft und wirksam zu verrichten". Hier stellt die Gesellschaft den Menschen, die Entwicklung seiner Persönlichkeit und die Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen.

Nur von **diesem** Standpunkt und nicht von formalen bürgerlichen Kriterien aus kann man Wesen und Inhalt der sozialistischen Demokratie, ihr Werden und ihre Entwicklung verstehen. Als Kriterium dafür, daß in einem Staat Demokratie herrscht, genügt es eben nicht, ob Wahlen stattfinden, ob die Parteien sich wortgewaltige Gefechte liefern oder ob es eine Opposition gibt – scheindemokratische Merkmale gibt es zeitweise sogar in blutigen Diktaturen –, das Kriterium besteht vielmehr darin, daß die arbeitende Mehrheit des Volkes in Staat und Wirtschaft das entscheidende Wort sprechen kann und tatsächlich spricht.



Mütter-Genesungswerk

BILD berichtet, auch Kronprinzessin Beatrix hat „wie alle Mütter" im Urlaub endlich mal Zeit, mit den Kindern zu spielen. Nun spielt sie „in ihrer herrlichen Villa in Porto Ercole an der Küste Italiens".

Liebe Mütter, wenn Sie also jetzt gerade in Ihren herrlichen Villen an der Cote d'Azur oder der Riviera mit Ihren Kindern spielen – immer an Beatrix denken. Der geht's auch nicht besser als Ihnen.

Aus: UZ

Eigendruck Verantwortlich: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstraße 22